

Zankapfel Agrarhandel

Nordamerika-EU-Agrarreform in Salzburg

von Dr. Gerhard Poschacher

„Sowohl die amerikanische Agrarministerin, Ann Veneman, als auch ich sind einer Meinung, dass antizyklische und somit handelsverzerrende Agrarbeihilfen mit dem Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht vereinbar sind. Wir glauben auch beide, dass die Landwirtschaft unterstützenswert ist“, erklärte EU-Agrarkommissar Franz Fischler dieser Tage beim Nordamerika-EU-Agrarforum in Salzburg.

Landwirtschaft in der USA und EU im Einklang?

In seiner Rede betonte Fischler, dass er keine großen Unterschiede zwischen den agrarpolitischen Zielen der US-Regierung und der EU sehe. „Wir alle wollen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die Umweltanliegen einbezieht und die Wichtigkeit der ländlichen Regionen berücksichtigt.“

Bedauerlicherweise denke man im US-Repräsentantenhaus offensichtlich anders: „Der Vorschlag für eine neue US-Farm Bill würde preisabhängige Unterstützungen hochtreiben und die antizyklische Politik somit verstärken. Das ist genau das Gegenteil einer marktorientierten Agrarpolitik, die ja das Ziel der WTO-Verhandlungen ist“, unterstrich Fischler.

Der Agrarkommissar wehrt sich mit handfesten Fakten und Zahlen gegen Kritik, dass die EU sich gegenüber Agrar-



importen aus Entwicklungsländern abschotte. „Die EU ist bei weitem der größte Importeur aus Entwicklungsländern. Die EU führt allein mehr Agrarprodukte von Entwicklungsländern ein als die USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland zusammen.“ Von 1997 bis 1999 habe die EU Agrarprodukte für mehr als 35 Mrd. € aus Entwicklungsländern pro Jahr zollfrei oder zu einem sehr niedrigen Zollsatz importiert, verglichen mit 18 Mrd. € der USA.

COPA-Präsident Gerd Sonnleitner meinte, der internationale Dialog bringe unterschiedliche Standpunkte näher. Präsident Rudolf Schwarzböck und Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer orteten ebenfalls Annäherung quer über den Atlantik: Der neue Entwurf für die neue US-Farm Bill bringe für die US-Agrarpolitik eine Abkehr von einer vollkommenen Liberalisierung.

Für Umwelt- und Sozialstandards

Im Rahmen eines internationalen Handelsforums in Shanghai erklärte US-Verhandler Zoellik, dass neue Regeln über Umwelt und Sozialstandards ein Problem in Hinblick auf Protektionismus sein könnten. Die Entwicklungsländer fürchten durch Umwelt- und Sozialstandards einen neuen Protektionismus.

„Man muss Verständnis für die Bedenken der Entwicklungsländer haben“, sagte Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweltdachverbandes in Österreich. Er meinte, die Industrieländer hätten ihre ehemaligen Kolonien ausgebeutet und wirtschaftlich ruiniert in die Unabhängigkeit entlassen, nun wollen sie ihre Umwelttechnologien in die Dritte Welt verkaufen. Ohne Mindeststandards „werde es aber nicht gehen“ betonte Heilingbrunner. ■

EU-Agrarkommissar Fischler will auch die ländlichen Regionen unterstützen

Zum Autor:

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher ist Sektionschef im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft